

WESER KURIER

TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

DIENSTAG, 28. JUNI 2022 | 78. JAHRGANG | NR. 148 | EINZELPREIS 2,20 €

Notstand in den Weltmeeren

UN-Generalsekretär António Guterres spricht von einem „Notstand“. Die zweite Ozeankonferenz der Vereinten Nationen begann am Montag in Lissabon mit emotionalen Appellen und eindringlichen Forderungen zur Rettung der von Vermüllung, Überfischung, Klimawandel und Versauerung zunehmend in Mitleidenschaft gezogenen Weltmeere.

TEXT: DPA/FOTO: OSMAN



Pendler sollen Abgabe für ÖPNV zahlen

Verkehrsentwicklungsplan: Beirat diskutiert über neue Finanzierungsquellen für Bus und Bahn

VON JÜRGEN HINRICHS

Bremen. Bremen will den ÖPNV ausbauen und für die Fahrgäste günstiger machen. Doch woher das Geld nehmen? Antworten liefert der Entwurf des neuen Verkehrsentwicklungsplans (VEP), der dem WESER-KURIER vorliegt. Geprüft wird demnach unter anderem eine Abgabe für Berufspendler, die zur Arbeit nach Bremen fahren. Denkbar sind auch ein verpflichtendes Jobticket, die Anhebung der Grundsteuer, eine ÖPNV-Tax für Übernachtungsgäste und, das scheint bereits sicher, deutlich höhere Gebühren für das Bewohnerparken. Damit sind die Instrumente auf dem Tisch, um Bus und Straßenbahn anders als bisher zu finanzieren.

Der VEP dient als Grundlage für die strategische Verkehrsplanung in Bremen. Er war 2014 vom Parlament beschlossen worden und gilt bis 2025. In den laufenden Beratungen geht es um eine Fortschreibung, die weitere fünf Jahre umfassen soll. Maßgeblich in diesem Prozess ist der VEP-Beirat, dem bis vor Kurzem sämtliche Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft angehörten, außerdem Behörden, Verkehrsverbände, die Handelskammer, der ADFC, der BUND und der ADAC. Die CDU ist seit Anfang Juni nicht

mehr dabei. Seine Partei wolle nicht länger das politische Feigenblatt für Verkehrssenatorin Maïke Schaefer (Grüne) sein, hatte Fraktionschef Heiko Strohmann erklärt. Kein einziges Projekt sei in den vergangenen Jahren entscheidend vorangekommen.

Am Mittwoch tritt der Beirat zusammen, um über den gesamten VEP zu beraten. Folgende Punkte sind im Kapitel ÖPNV und dessen Finanzierung enthalten:

Parkraumbewirtschaftung: Das Bewohnerparken war lange Zeit vom Bundesgesetzgeber geregelt. Die Städte und Länder hatten keine Wahl, sie mussten sich bei den Gebühren an Höchstgrenzen halten: 30,70 Euro pro Jahr. In Bremen zahlen die Bewohner 50 Euro, wenn sie den Parkausweis für zwei Jahre beantragen. Das soll sich nach dem Willen der rot-grün-roten Koalition ändern. Sie ist dazu berechtigt, seitdem vor zwei Jahren vom Bundestag entschieden wurde, die Gebührenstaffelung den Ländern und Kommunen zu überlassen.

Der VEP-Entwurf bezieht sich beim Bewohnerparken auf die Berechnungen von Gutachtern. Sie gehen von einer Höhe zwischen 7,50 Euro und 18 Euro im Monat aus – eine Steigerung um annähernd das Dreifache

beziehungsweise Siebenfache im Vergleich zur aktuellen Gebühr in Bremen. Die Deutsche Umwelthilfe fordert für das Bewohnerparken eine bundesweite Mindestgebühr von 360 Euro.

Einpendlerabgabe: Mehr als 90.000 Menschen fahren jeden Tag von ihrem Zuhause in Niedersachsen zur Arbeit nach Bremen. Den umgekehrten Weg nehmen ungefähr 30.000 Beschäftigte. 73 Prozent der Pendlerinnen und Pendler nutzen das Auto, 21 Prozent den ÖPNV, sechs Prozent das Fahrrad. In einem „stadtregionalen Konzept“ sollen Angebote erarbeitet werden, um den Pendlerverkehr umweltfreundlicher zu gestalten: mehr Bus und Bahn, bessere Radrouten, dazu „Bike and Ride“, „Park and Ride“ und Sharing-Angebote.

Bremen, so der VEP-Entwurf, könnte die Einpendler bald zur Kasse bitten, unabhängig davon, welches Verkehrsmittel sie benutzen. „Unterstellt wird ein Beitragssatz von 15 Euro pro Monat und Beschäftigten“, heißt es in dem Papier. Dafür könne der ÖPNV innerhalb des Stadtgebiets genutzt werden. Für die Zufahrt von außerhalb wären gesondert Tickets zu lösen. Allerdings: „Der administrative Aufwand wäre vermutlich hoch.“

ÖPNV-Tax: Wer in Bremen privat in einem Hotel übernachtet, muss die sogenannte City-Tax zahlen. Die Regelung gilt seit 2013 und hat seitdem nach Angaben der Finanzbehörde mehr als 22 Millionen Euro in die Kassen des Landes gespült. Analog dazu könnte es für Übernachtungsgäste nun eine ÖPNV-Tax geben. „Vorgeschlagen wird eine Gebühr in Höhe von 4,80 Euro je Übernachtung“, steht im VEP-Entwurf. Kinder blieben davon ausgenommen; Jugendliche würden mit der Hälfte des Beitragssatzes veranschlagt. Im Gegenzug erhielten die Gäste freie Fahrt im Bremer ÖPNV. „Eine Einführung zuzüglich zur bestehenden Übernachtungssteuer wäre allerdings nicht zu empfehlen.“

Zwar nicht ausdrücklich empfohlen, aber auch nicht verworfen wird zur Finanzierung des ÖPNV die Anhebung der Grundsteuer um rund 360 Prozent, was pro Einwohner Mehrkosten in Höhe von 7,30 Euro pro Monat bedeuten würde. Dafür wäre der ÖPNV im Stadtgebiet für alle Bremerinnen und Bremer kostenfrei. Und schließlich wird im VEP-Entwurf das verpflichtende Jobticket für alle Bremer Betriebe ab 50 Mitarbeiter angeführt. „Die Maßnahme gilt als mögliche Alternative zur Einführung einer Pendlerabgabe.“

EU will erneuerbare Energien ausbauen

Luxemburg. Vor dem Hintergrund der Gas-Krise haben sich die EU-Länder auf neue Regeln geeinigt, um den Ausbau erneuerbarer Energien und die Energieeffizienz voranzutreiben. Die zuständigen EU-Minister verabschiedeten in Luxemburg, dass bis Ende des Jahrzehnts 40 Prozent der Energie in der EU aus erneuerbaren Quellen kommen müssen, statt wie bisher vorgesehen 32 Prozent. Unter anderem sollen die Projekte im „überragenden öffentlichen Interesse“ sein, also bei Klagen vor Gericht zum Beispiel mehr Gewicht bekommen. Zudem soll der Energieverbrauch bis 2030 im Vergleich zu 2020 verbindlich um neun Prozent reduziert werden.

Damit blieben die EU-Länder hinter ehrgeizigeren Vorschlägen der EU-Kommission zurück: Angesichts des Ukraine-Kriegs hatte sie vorgeschlagen, das Ziel für erneuerbare Energie auf 45 Prozent und fürs Energiesparen auf 13 Prozent anzuheben.

DPA Bericht Seite 5

BREMEN

Ärzte finden kaum noch Personal

7

Jede dritte Bremer Arztpraxis hat ihre Tätigkeit wegen fehlender medizinischer Hilfskräfte eingeschränkt, so das Ergebnis einer aktuellen Befragung. Wie wollen die Ärzte das Problem lösen?

NIEDERSACHSEN

600.000 Kubikmeter Sand für die Inseln

12

20 Sturmfluten haben im Winter an den Ostfriesischen Inseln genagt. Damit die nächste Sturmflutisaison ihnen nichts anhaben kann, werden die Dünen im Sommer mit 600.000 Kubikmeter Sand verstärkt.

SPORT

Bremen statt Amsterdam

19

Der defensive Mittelfeldspieler Ilija Gruev (Foto) bleibt bei Werder Bremen – und entschied sich damit angeblich auch gegen ein Angebot von Ajax Amsterdam. „Für mich war klar, dass Werder die Nummer eins ist“, sagt der Sohn des ehemaligen Co-Trainers von Florian Kohfeldt. Welche Ziele er verfolgt und wie er die ständige Diskussion um die Sechser-Position im Verein wahrnimmt, schilderte der 22-Jährige am Montag in der Medienrunde.



FOTO: GUMZ

Raketenangriff auf ein Einkaufszentrum

Kiew/Kremenchuk. Nach einem Raketenangriff auf ein Einkaufszentrum in der zentralukrainischen Stadt Kremenchuk sind nach offiziellen Angaben mindestens 13 Menschen ums Leben gekommen. Darüber hinaus seien rund 40 Menschen teils schwer verletzt worden, teilte der Gouverneur des Gebiets Poltawa, Dmytro Lunin, am späten Montagabend mit. Die Ukraine machte Russland für den Angriff verantwortlich. „Die Besatzer haben mit Raketen auf ein Einkaufszentrum geschossen, in dem mehr als tausend Zivilisten waren“, schrieb Präsident Wolodymyr Selenskyj beim Nachrichtendienst Telegram.

In einem Video, das unter anderem Selenskyj verbreitete, war das brennende Gebäude mit dicken dunklen Rauchwolken zu sehen. In unmittelbarer Nähe des Einkaufszentrums befinden sich mehrere Industrieanlagen, darunter eine Fabrik für Straßenbaumaschinen. Nach Angaben des Zivilschutzes waren 115 Feuerwehrleute mit 20 Löschwagen im Einsatz. Zum Abend wurde der Brand örtlichen Behörden zufolge gelöscht.

Die Rakete war am Nachmittag in das Gebäude eingeschlagen. Angaben der ukrainischen Luftstreitkräfte zufolge sollen bei dem Angriff Luft-Boden-Raketen des Typs X-22 eingesetzt worden sein.

DPA

CORONAVIRUS

DEUTSCHLAND	
Neuinfektionen*	k. A.
Aktuell Infizierte*	1.151.300
Todesfälle	140.734
Impfquote (Auffrischung)	61,6%
Hospitalisierungsrate**	4,7
LAND BREMEN	
Neuinfektionen*	950
Aktuell Infizierte*	10.616
Todesfälle	(+3) 782
Impfquote (Auffrischung)	65,8%
Hospitalisierungsrate**	2,5
NIEDERSACHSEN	
Neuinfektionen*	k. A.
Aktuell Infizierte*	144.100
Todesfälle	9614
Impfquote (Auffrischung)	66,3%
Hospitalisierungsrate**	2,7
Sieben-Tage-Inzidenzwerte*	
Bremen (Stadt)	798,3
Bremerhaven	735,3
Niedersachsen	825,7

Alle aktuellen Daten aus der Region unter weser-kurier.de
Zahlen in Klammern: Veränderung zum Vortag
Zahlen zu Impfungen und Hospitalisierungsraten werden montags bis freitags veröffentlicht.
*Neu-Infektionen/Aktuell-Infizierte: Berücksichtigt sind Personen, die einen PCR-Test gemacht haben und über die Gesundheitsämter an das Robert Koch-Institut gemeldet werden.
**Hospitalisierungsrate: Anzahl der Krankenhauseinlieferungen der vergangenen sieben Tage pro 100.000 Einwohner.
QUELLEN: RKI, de; Senatorin für Gesundheit; Stand: 27.6.

Lindner: Rabatt endet wie geplant

Berlin. Bundesfinanzminister Christian Lindner hat Erwartungen gedämpft, dass es für den Tankrabatt und das Neun-Euro-Ticket im September Anschlussregeln geben könnte. „Wir können nicht auf Dauer gestiegene Preise für das importierte Öl, die Entwicklung des Dollar und die Knappheiten bei Raffinerien mit Staatsgeld ausgleichen“, sagte der FDP-Minister. Beide Entlastungen sind bislang bis Ende August vorgesehen.

„Schritte in Richtung des kostenfreien ÖPNV sind kritisch, weil Knappheiten dann nicht über den Preis gesteuert werden können“, sagte der Bundesfinanzminister. Es bestehe die Gefahr, dass ohne Preise Kapazitäten unnötig und übermäßig genutzt würden.

Die Verkehrsbranche reagierte mit Kritik auf Lindners Ankündigung. Ingo Wortmann, Präsident des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen, entgegnete, dass die Bundesregierung aktuell ihren finanziellen Zusagen aus dem Koalitionsvertrag nicht nachkomme. „Zudem explodieren auch in unserer Branche seit Monaten die Kraftstoff- und Energiekosten. Wenn diese Themen nicht schnellstens gelöst werden, dann diskutieren wir nicht über die Fortsetzung eines Neun-Euro-Tickets, sondern über Angebotseinschränkungen im ÖPNV ab Herbst.“

Die Länder fordern seit Langem mehr Geld vom Bund. Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) will aber erst Ergebnisse einer Arbeitsgruppe zu Strukturformen im öffentlichen Personennahverkehr abwarten.

DPA

ÜBRIGENS ...

... wurde ein 52-jähriger im Kreis Celle an zwei aufeinander folgenden Tagen betrunken von der Polizei gestoppt. Nicht etwa mit einem Auto, sondern mit einem Aufsitzrasenmäher. Beim ersten Mal am vergangenen Freitag räumte der Mann bei der Befragung ein, dass er ein Bier getrunken habe. Das stellte sich allerdings als stark untertrieben heraus: Der Atemalkoholtest ergab einen Wert von 2,76 Promille. Nach einer Blutprobe wurde der Mann nach Hause geschickt. Der Lerneffekt war offenbar von kurzer Dauer. Schon am Sonnabendmorgen traf ihn die Polizei erneut betrunken an, diesmal mit 1,54 Promille und wieder auf seinem Aufsitzrasenmäher.

DPA

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
25°	14°	20%

Heiter bis wolkig und trocken

Ausführliches Wetter Seite 6

H 7166 • 28189 BREMEN



Extra-Markt	22/23	Kinderzeitung extra/Lesermeinung	24
Familienanzeigen	8	Rätsel & Roman	11
Fernsehen	17	Tipps & Termine	10